



Zwei Jahre NSU-Prozess: Eine Zwischenbilanz

Seit dem 6. Mai 2013 steht **Beate Zschäpe** gemeinsam mit weiteren Angeklagten vor dem Oberlandesgericht München. Sie verweigert die Aussage. Thomas Bliwier und Doris Dierbach vertreten als Nebenkläger-Anwälte die Familie von **Halit Yozgat**. Der NSU, so die Anklage, hat ihn und neun weitere Menschen ermordet

» **DIE ZEIT:** Verstehen Sie nach mehr als 200 Verhandlungstagen, warum zehn Menschen ermordet wurden?

Doris Dierbach: Wir wissen heute mehr darüber, was sich abgespielt hat. Aber es steigt auch die Verständnislosigkeit. Ich hätte nie geglaubt, dass es in unserem Land eine so manifeste Nazi-Szene gibt. Ich verstehe heute auch besser, warum der NSU so lange unerkannt bleiben konnte – weil so viele in diesem Umfeld diese Mentalität teilen. Das waren Menschen, die vor Gericht erzählen, dass sie mit Beate Zschäpe Sekt im Keller des Mietshauses in Zwickau getrunken haben, während auf dem Fernseher ein Foto von Adolf Hitler stand.

Thomas Bliwier: Ich verstehe jetzt besser als vor dem Prozess, wie sich diese Menschen radikalisieren konnten. Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe waren zuerst Teil der rechten Szene, nahmen an Demonstrationen teil, fingen mit kleinen Straftaten an, verprügelten und terrorisierten Andersdenkende. Schließlich fand eine Radikalisierung und Militarisierung statt, aber niemand schritt ein, weil das Umfeld das gar nicht problematisch fand. Wenn wir dann fragen, etwa die Mutter von Uwe Bönnhardt: »Haben Sie nicht gemerkt, wie Ihr Sohn herumgelaufen ist?«, dann kommt als Antwort: »Ja, wie eben alle dort.«

Dierbach: Bei einigen Zeugen bin ich einfach nur ratlos. Neulich fragten wir einen aus dem früheren Umfeld des Trios nach seiner politischen Einstellung. Er antwortete, er sei eher links, er habe überhaupt nichts gegen Ausländer. Die Stadt habe das gut im Griff. Man sehe die praktisch nicht.

ZEIT: Bislang hat Beate Zschäpe geschwiegen. Glauben Sie, dass das so bleiben wird?

Bliwier: Schwierig zu sagen, so ein Prozess hat immer eine eigene Dynamik. Die Vorwürfe lauten: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, zehn Morde und ein versuchter Mord ...

ZEIT: ... Beate Zschäpe soll das Haus in Zwickau, in dem das Trio zuletzt lebte, angezündet haben. Eine alte, gehbehinderte Dame war noch im Haus.

Bliwier: Frau Zschäpe hat vielleicht die Hoffnung, dass die Beweise für »lebenslanglich« nicht ausreichen werden. Diese Hoffnung kann dazu führen, dass ein Beschuldigter denkt: Ich bin auf der vermutlich sicheren Seite. Das kann sich schlagartig ändern, wenn die Bundesanwaltschaft ihr Schlussplädoyer hält und eine lebenslange Freiheitsstrafe fordert, womöglich mit besonderer Schwere der Schuld. Man kann nie voraussagen, was mit einem Beschuldigten in so einem Moment passiert. Vielleicht würde Frau Zschäpe dann gern ihre Sicht der Dinge vortragen.

Dierbach: Der Prozess wird sie sehr anstrengen. Sie könnten natürlich helfen, aufzuklären. Uns ist allen in Erinnerung, was sie gesagt hat, nachdem sie sich 2011 nach Tagen des Umherirrens gestellt hat: »Ich habe mich nicht gestellt, um nichts zu sagen.« Das war keine unbedachte Äußerung. Aber im Moment will sie nun mal nicht, und das ist ihr gutes Recht. Braucht sie aber auch nicht. Wir kriegen auch so raus, was war.

ZEIT: Zwei Jahre NSU-Prozess – wie zufrieden sind Sie mit dem bisherigen Verlauf?

Dierbach: Das ist ein Prozess mit vielen Taten, die schwer aufzuklären sind, weil sie lange zurückliegen und weil wir es mit verstockten Zeugen zu tun haben, von denen viele eine Aufklärung nicht interessiert. Aber es geht voran, und ich bin ziemlich sicher, dass der Prozess spätestens Anfang des kommenden Jahres abgeschlossen werden kann.

Bliwier: Für uns ist das Anliegen unserer Mandanten wichtig, der Familie Yozgat. Und sie ist sehr zufrieden mit der Verhandlung und damit, wie das Gericht sie führt. Natürlich gab es auch schwer politische Phasen für sie, aber Herr Yozgat, der seinen 21-jährigen Sohn verloren hat, konnte all das vor Gericht sagen, was ihm wichtig war. Die Familie hat das Gefühl, dass sie in diesem Prozess eine Stimme hat. Sie war von Anfang an nicht darauf aus, dass eine bestimmte Verurteilung von Frau Zschäpe oder den anderen Angeklagten erfolgt, das war nie ihr Anliegen. Sondern sie will, dass ihre Fragen geklärt werden und dass diese Morde politisch, juristisch und gesellschaftlich aufgearbeitet werden. Die Familie wäre sehr glücklich, wenn sie verstehen würde, warum ihr Sohn Halit als Opfer ausgesucht worden ist – und welche Rolle der Verfassungsschutz dabei spielte.

ZEIT: Ist aus Ihrer Sicht die Anklage der Bundesanwaltschaft nach wie vor haltbar?

Bliwier: Was die Beteiligung von Frau Zschäpe und den anderen Angeklagten an diesen Taten angeht, auf jeden Fall. Aber mit Sicherheit nicht haltbar ist die These der Bundesanwaltschaft, dass der NSU ein abgeschottetes Trio war, ohne Kontakt zur Außenwelt oder Unterstützung von außen. Wir sind davon überzeugt, dass es überall Unterstützer gab, die Tatorne und Opfer ausgespäht haben.



Die Hamburger Juristen Doris Dierbach und Thomas Bliwier vertreten im NSU-Prozess die Familie eines Opfers

»Wir kriegen auch so raus, was war«

Mehr als 200 Tage Verhandlungen im NSU-Prozess. Und eine der wichtigsten bleibt ungeklärt: Welche Rolle spielte der Verfassungsschutz? Ein Gespräch mit zwei Nebenkläger-Anwälten

Dierbach: In allen Städten, in denen die Morde verübt wurden, egal ob Nürnberg, Dortmund oder wie in unserem Fall Kassel, gibt es eine aktive Neonazi-Szene. Es müssen Leute vor Ort ausgespäht haben, dass das spätere Opfer Halit Yozgat in einem Internetcafé arbeitet, das für einen solchen Anschlag relativ günstig liegt – an einer vierspürigen Straße, mit viel Platz zwischen den Häusern, alles recht anonym. Oder woher wussten die NSU-Mitglieder, wo und wann das erste Opfer, Enver Şimşek, seinen Blumenstand geöffnet hatte? Das haben andere für sie ausgekundschaftet.

ZEIT: Was ist im Prozess bisher noch gar nicht aufgearbeitet wurden?

Dierbach: Es wäre schön, wenn die Verteidigung mal problematisieren würde, wie sehr bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse die rechten Strukturen und den Fremdenhass begünstigt haben.

ZEIT: Könnten die politischen Umstände in den neuzugewonnenen Jahren strafmildernd für Zschäpe wirken?

Dierbach: Damals ist Millionen Ostdeutschen ihre bürgerliche Existenz um die Ohren geflogen. Es wurde gesellschaftlich nichts aufgearbeitet. Die Wessis dachten, jetzt habt ihr die Demokratie, nun seid endlich zufrieden und nervt nicht. Irgendwann blüht der Laden schon, bis dahin stellen wir euch aber erst mal die Industrieanlagen ab und schicken die zweite Garde Beamten rüber. Diese Umstände waren ein Garten Eden für die West-Nazis!

Bliwier: Grundsätzlich finden wir, dass der Senat Dingen nachgeht, über die die Bundesanwaltschaft sagen würde: Das hat mit der Frage nach der Schuld der Angeklagten und nach der angemessenen Strafe nichts zu tun – auch nicht mit der Frage, ob und inwiefern der Verfassungsschutz in die NSU-Morde verstrickt war. Nur so kam heraus, dass etwa Tino Brandt ...

Bliwier: Es geht hier vor allem um die Rolle von Andreas Temme, einem Beamten des hessischen Verfassungsschutzes. Er war während des Mordes an Halit Yozgat im Internetcafé der Familie. Er war sogar mal Beschuldigter. Temme war mehrmals als Zeuge vor Gericht, und wir konnten beweisen, dass er die Unwahrheit sagt. Er behauptet, privat im Internetcafé gewesen zu sein und den sterbenden Halit Yozgat, der hinter dem Tresen auf dem Boden lag, beim Verlassen des Cafés nicht gesehen zu haben. Niemand glaubt diesem Mann, auch nicht die Bundesanwaltschaft.

Wir haben bewiesen, dass er wusste, mit welcher Waffe geschossen wurde. Wir haben das rekonstruiert. Der Mord passierte an einem Donnerstag. Am darauffolgenden Montagmorgen fragte ihn eine Kollegin in der Dienststelle, ob er etwas von dem Mord im Internetcafé gehört habe. Temme antwortete, er wisse von nichts, aber der Mord sei Teil einer bundesweiten Serie, bei der immer die gleiche Waffe benutzt worden sei – zu einem Zeitpunkt, als das noch niemand wusste. Dieser Mann hat vor Gericht gelogen, davon sind wir überzeugt. Also soll er uns nicht mit dieser grotesken Geschichte kommen, er sei nur zum Chatten im Internetcafé gewesen und er habe das nur deshalb zunächst nicht zugegeben, weil seine Frau nicht erfahren durfte, dass er Sexseiten besuchte.

ZEIT: Aber man weiß doch, dass er auf diesen Seiten war.

Bliwier: Er hat sich eine Legende gebastelt, und seine Vorgesetzten haben ihn dabei unterstützt. Diese Behörde führt uns alle an der Nase herum. Sogar die Staatsanwaltschaft in Kassel ist hier gegen die Wand gelaufen.

Dierbach: Wir wissen aus Mitschnitten von Telefonaten, dass ihm Vorgesetzte gesagt haben: Pas-

sen Sie mal auf, ich glaube, Sie nehmen das alles immer noch nicht ernst. Ihnen steht das Wasser Oberkante Unterlippe. Oder: Bleiben Sie so dicht an der Wahrheit, wie es geht. Oder: »Ich sage ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo so was passiert, bitte nicht vorbeifahren.« Dieser Rat an Temme kam von dem Geheimschutzbeauftragten des Verfassungsschutzes. Da war richtig Alarm, nachdem die Öffentlichkeit erfahren hatte, dass ein Verfassungsschützer bei einem Mord zugegen war. Von da an haben die versucht, den Schaden zu begrenzen.

ZEIT: Sie behaupten sogar, der Verfassungsschutz habe vor dem Mord konkrete Hinweise auf Tat, Tatzeit, Opfer und die Täter gehabt. Welche sind das?

Bliwier: In der Wohnung der mutmaßlichen Terroristen wurde ein Stadtplan mit Einträgen von möglichen Anschlagzielen in Kassel gefunden – die liegen fast alle an der täglichen Fahrtroute von Temme. Das kann vielleicht Zufall sein. Dann gibt es aber noch die Geschichte mit dem von ihm geführten V-Mann Benjamin Gärtner. Dieser hatte Verbindungen in die rechte Szene und hat versucht, uns weiszumachen, dass er eigentlich nichts gewusst hat. Dafür hat er aber ungewöhnlich viel Geld bekommen. Und er hat unmittelbar vor der

Tat eine ungewöhnlich lange Zeit mit dem Verfassungsschützer Temme telefoniert. Ich glaube, dass der Beamte vom Verfassungsschutz dienstlich während des Mordes im Internetcafé war und die Tat beobachtet hat. Ich glaube, dass er einen Hinweis gekriegt hat, dass da was passiert. Mutmaßlich von V-Mann Gärtner oder von anderen Kontakten.

ZEIT: Welches Interesse hat der Verfassungsschutz, die Mörder eines Internetcafé-Betreibers zu decken?

Bliwier: Ich sage nicht, der Geheimdienst hat ihn umgebracht. Der Verfassungsschutz hat aber schon ein riesen Problem, wenn ein Mitarbeiter gewusst hat, dass eine Tat passiert, dienstlich am Tatort war und die Waffe gesehen hat. In so einem Fall gibt es eigentlich nur eine Möglichkeit: Der Verfassungsschutz sagt, okay, große Katastrophe – alles auf den Tisch, was wir hier wissen. Aber genau den Weg haben sie eben nicht gewählt. Sie verschleiern und vernebeln alles, was an sie herangetragen wird.

ZEIT: Der Verfassungsschutz hat also bei der Aufklärung des Mordes versagt?

Bliwier: Wenn so ein Mord im Beisein eines Mitarbeiters passiert, wäre es zwingend, dass der sagt, ich muss jetzt sofort die Polizei verständigen.

Macht er aber nicht, denn er schützt sich, und er schützt den Dienst. Und das ist die Mentalität des Geheimdienstes. Die schützen ihren Dienst. So eine Behörde verhält sich konspirativ abschottend, die Aufklärung massiv verhöhrend.

ZEIT: Darum wollen Sie jetzt den damaligen Innenminister Volker Bouffier im Prozess vorladen lassen.

Bliwier: Man kann darüber streiten, ob es zur Klärung der Schuld der Angeklagten notwendig ist, Herrn Bouffier als Zeugen zu vernehmen. Man muss es im Gesamtzusammenhang sehen: Herr Bouffier war damals Teil dieser Vernebelungsstrategie – immerhin hat er durch eine Sperrerklärung aktiv verhindert, dass da auch Zeugen genommen werden, die die Tat hätten aufklären können. Anstatt dass das Innenministerium und das ihm direkt unterstellte Landesamt für Verfassungsschutz die Polizei nach Kräften bei diesen Ermittlungen unterstützt hätten – zum Beispiel auch, um die Unschuld ihres Beamten zu beweisen –, haben die an allen Ecken gemauert.

Dierbach: Die sind so gefangen in diesen Geheimhaltungsstrukturen, dass da auch offenbar keine Güterabwägung mehr stattfindet. Die Polizei hat sich wahnsinnig angestrengt, die Tat aufzuklären, aber das Landesamt hat ihr immer wieder die Tür vor der Nase zugeschlagen. Es ging dem Verfassungsschutz nur darum, die Identität der V-Leute zu schützen. Das war wichtiger als die Aufklärung eines Mordes.

Bliwier: Ein Vorgesetzter hatte dem verdächtigen Verfassungsschützer Temme gesagt: Beantragen Sie mal das Disziplinarverfahren gegen sich, das ist ein Akt der Selbstreinigung – aber keine Sorge, der Minister möchte, dass Sie Ihr Gehalt weiter bekommen.

ZEIT: Der Fall Temme zeigt, wie problematisch die Zusammenarbeit mit V-Leuten ist. Sind diese Quellen noch ein probates Mittel, um Straftaten zu verhindern oder aufzuklären?

Dierbach: Nein, das V-Mann-System ist überholt. Der Staat will mithilfe von Kriminellen, die im Zweifel für einen Appell und ein Ei ihre Oma verkaufen würden, Kriminalität bekämpfen. Das ist grotesk. Da muss man eine sehr romantische Vorstellung haben, um zu glauben, dass das wirklich funktioniert. Man fördert immer Straftaten und richtet damit auch immer Schaden an. Und die Konsequenz sehen wir beim neuen NPD-Verbotsverfahren. Das geht natürlich wieder schief. Und warum? Wegen dieses V-Mann-Unwesens. Man kann noch nicht mal eine explizit verfassungsfeindlich umtriebige Partei verbieten, weil der Staat diese Partei nährt und stützt!

ZEIT: Der Verfassungsschutz sagt, bestimmte Informationen können nicht auf anderem Weg beschafft werden als über V-Leute.

Bliwier: Der Verfassungsschutz wusste faktisch, wo Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe sich nach ihrem Abtauchen aufhielten. Er hatte einen V-Mann direkt in der Führungszentrale des »Thüringer Heimatschutzes« und hatte einen V-Mann in der bayerischen Neonazi-Szene. Es gab über V-Leute Hinweise auf eine Militarisierung, es gab Hinweise auf die Diskussion zur Gewalttätigkeit, zur Bewaffnung. Was ist passiert? Nichts! Das Problem ist, ich kann natürlich möglicherweise solche Informationen beschaffen – aber immer um den Preis, dass ich auch manifeste kriminelle Strukturen dauerhaft stütze. Die V-Leute sind nie ehrlich, weil sie immer zwei Herren dienen. Und diese Leute sind in aller Regel moralisch nicht integer, sind zwielichtig, haben Vorstrafen, sind korruptierbar. Unser Rechtsstaat wäre einfach besser dran, wenn er sich nicht mehr dieser V-Leute bedienen würde.

ZEIT: Hat sich seit Beginn der Aufarbeitung der NSU-Taten schon etwas beim Verfassungsschutz zum Positiven verändert?

Bliwier: Beim Verfassungsschutz glaube ich das nicht. Und zum Teil treibt es auch irge Blödsinn, wenn Herr Gabriel sich zu der Erklärung versteigt,

die Vorratsdatenspeicherung hätte die NSU-Morde verhindert. Das ist einfach Unsinn. Aber der NSU-Prozess hat schon dazu geführt, dass ermittelnde Kriminalbeamte das im Kopf haben und sagen: Moment, bin ich hier eigentlich auf dem richtigen Gleis mit dieser These? Ist es eigentlich richtig, dass, wenn ein Türke tot ist, es immer ein Türke gewesen sein muss und dass es immer um Drogen geht?

Dierbach: Eine Veränderung sehe ich nicht nur bei den Ermittlern. Pegida, Legida, dieser ganze Mist hat nur wegen des Prozesses so viel Gegenwind bekommen, da bin ich sicher. Die Sensibilisierung für Rechtsextremismus und für rechtsextremistische Taten sowie für Rassismus ist in der Bevölkerung durch diesen Prozess gestiegen. Nach dem Anschlag auf das Asylbewerberheim in Tröglitz wurde sofort gesagt, es ist relativ klar, woher es kommt. Ich bin sicher, vor fünf Jahren hätte es noch geheißen: Für einen rechtsextremistischen Hintergrund gibt es keine Hinweise.

Die Fragen stellten CHRISTIAN FUCHS und ÖZLEM TOPÇU

